Gewicht dieses Bundes zugunsten des Unternehmens in die Wagschale warf.

Hauptmann a. D. Ernst Röhm wußte schon am 7. 11. von dem geplanten Unternehmen und war derjenige, der das Wehrkreiskommando im Auftrag der neuen Machthaber besetzte.

Oberleutnant d. R. Wilhelm Brückner veranlaßte die Mobilmachung des Nationalsozialistischen Regiments,

Leutnannt Robert Wagner die Alarmierung der Infanterieschule zugunsten des Unternehmens.

Oberstleutnant Kriebel war der militärische Führer des Kampfbundes, ließ Geschütze auffahren usw. und

Oberleutnant a. D. Pernet war als Verbindungsoffizier zwischen den einzelnen Persönlichkeiten und Befehlsstellen vor und während des Unternehmens tätig.

Schließlich stellt die Anklageschrift fest, daß die Beschuldigten, gestützt auf bewaffnete Machtmittel, im bewußten Zusammenwirken es unternommen haben, die bayerische Regierung und die Reichsregierung gewaltsam zu beseitigen, die Verfassung des Deutschen Reiches und Bayerns gewaltsam zu ändern und eine verfassungswidrige Regierungsgewalt in Bayern und im Reiche aufzurichten, und daher die sämtlichen Angeklagten des Hochverrates zu beschuldigen seien.

Noch kein Beschluß über die Aufhebung des Ausnahmezustandes

Berlin, 26. Februar. Die angekündigten Besprechungen über die Aufhebung des Belagerungszustandes haben gestern nachmittag im Reichswehrministerium in Anwesenheit des sächsischen Ministerpräsidenten, des Reichswehrministers und des Reichsinnenministers stattgefunden. Im Anschluß an die erste Besprechung, die sich mit der Forderung der sächsischen Vertreter auf fristlose Aufhebung des Belagerungszustandes befaßte, fand eine Besprechung der beteiligten Reichsressorts über die Aufhebung des Belagerungszustandes allgemein statt. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wurden in beiden Besprechungen keine endgültigen Beschlüsse gefaßt. Jedoch entspricht die Annahme, daß der Belagerungszustand überhaupt nicht aufgehoben wird, nicht den Tatsachen. Es ist anzunehmen, daß, bevor irgendwelche endgültige Entscheidung in dieser Frage gefällt wird, auch die Parteiführer gehört werden.

Sachsen und der Ausnahmezustand

(R.) Die Besprechungen des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern mit dem Reichswehrminister und dem Reichsminister des Innern, die am Montag, den 26. Februar, in Berlin stattfanden, und an die sich eine weitere Besprechung mit dem Reichspräsidenten anschloß, hat zu der Vereinbarung geführt, daß Sachsen in bezug auf den Belagerungszustand genau so behandelt werden wird, wie alle anderen Länder des Reiches.

Die Reichswehr zieht aus Thüringen ab

Wieder ein früherer „Minister" verhaftet.

Jena, 26. Februar. Die Reichswehrtruppen in Thüringen haben sämtlich Abzugsbefehl erhalten. Für den Stab der Reichswehr liegt jedoch noch kein solcher Befehl vom Reichswehrministerium vor.

Dr. Korsch-Jena, der kommunistische Landtagsabgeordnete und frühere Justizminister in Thüringen, wurde wegen Hochverrats vom Reichsanwalt verhaftet.

Nachprüfungen der Beamtenernennungen

Weimar, 26. Februar. Das neue thüringische Ministerium hat die allgemeine Nachprüfung der Beamten-Ernennungen seit 1922 im Freistaate Thüringen angeordnet. Wie in der Landtagssitzung am 22. Februar bekanntgegeben wurde, sind über 100 Beamten-Ernennungen ohne die geeignete Vorbildung der Bewerber ausgesprochen worden.

Die republikanische Partei

Die neue republikanische Partei trat am Sonntag vormittag in Berlin mit zwei Kundgebungen an die Oeffentlichkeit. Beide Versammlungen (in der Alhambra am Moritzplatz und im Walhallatheater) waren gut besucht, stellten doch die Kommunisten den größten Teil der Anwesenden. Die Redner blieben in allgemeinen Ausführungen kritischer Art stecken, so daß es nach vielen Reden nicht leicht war, den eigentlichen Wesenszug der republikanischen Partei herauszusuchen. Die „Germania" schreibt über die Berliner Veranstaltungen: „Die ersten Tastversuche der republikanischen Partei in der Oeffentlichkeit machte nicht gerade den Eindruck zielklaren Wollens. Oder will die republikanische Partei ein Sammelbecken der Unzufriedenen aus verschiedenen Parteien werden? Fast möchte man es glauben, nachdem, wir müssen schon sagen, leider, auch der frühere sächsische Zentrumsabgeordnete, der Bürgermeister von Schirgiswalde, Herr Heßlein, in den Versammlungen als Redner auftrat. Die Presse wußte vor einigen Tagen zu melden, daß Herr Heßlein der christlich-sozialen Volksgemeinschaft im Ruhrgebiet beigetreten sei. Das wurde am Sonntag von Herrn Heßlein selbst bestätigt." Das „Berliner Tageblatt" schreibt, daß Heßlein die Grüße der christlich-sozialen Partei überbracht habe, die mit der republikanischen Partei in Arbeitsgemeinschaft steht.

Gegen die dritte Steuernotverordnung

Berlin, 26. Februar. (Drahtbericht.) Abänderungsanträge der dritten Steuernotverordnung sind jetzt auch von einigen Mitgliedern der deutschen Volkspartei im Reichstage gestellt worden. Die wesentlichsten Abänderungen bestehen darin, daß für die Aufwertung des Hypothekensatzes kein Höchstbetrag, sondern ein Normalbetrag festgesetzt werden soll. Die Höhe dieses Satzes wird offen gelassen. Ferner soll bestimmt werden, daß als Goldmarkbetrag bei Rechten, die vor dem 1. Januar 1918 entstanden sind, der früher festgesetzte Betrag gelten, bei später entstandenen Rechten, für die Berechnung des Goldmarkbetrages der Tag der Entstehung der Schuld maßgebend sein soll. Wenn eine Hypothek einer Kreditanstalt zugeht, oder ihr bis zum 30. Juli 1924 übertragen wird, dann kann die Anstalt verlangen, daß die aufgewertete Hypothek in eine zu 8 Prozent verzinsliche und durch einen Tilgungsbetrag von einem halben Proz. zu tilgende Amortisationshypothek umgewandelt wird. Ferner wird verlangt, daß wenn die Löschung einer Hypothek nach dem 30. Dezember 1923 bewilligt oder die Zahlung angenommen worden ist, ebenfalls eine Aufwertung auf Verlangen stattfinden muß, wenn der vom Schuldner zurückgezahlte Betrag 10 Prozent des Goldmarkbetrages nicht erreicht.

Macdonalds Vermittlung

London, 26. Februar. (Drahtbericht.) Mehrere liberale Abgeordnete stellten gestern Abend dem Ministerpräsidenten einige Fragen über die Rolle der Botschafterkonferenz. Macdonald setzte zunächst auseinander, daß dieses Organ geschaffen worden sei, um die Einheitlichkeit der von den Alliierten getroffenen Maßnahmen, die sich auf den Versailler Vertrag beziehen, sicher zu stellen. Er sei im Augenblick nicht in der Lage, ein Datum für die Beendigung der Arbeiten der Botschafterkonferenz anzugeben, die sich augenblicklich bekanntlich u. a. mit dem Memelstatut, der Militärkontrolle in Deutschland und den anderen früheren feindlichen Ländern und mit der Verteilung der Besatzungskosten beschäftigt. Die Antwort genügte jedoch einigen Vertretern des Parlamentes nicht. Auf weitere Fragen gab Macdonald zur Antwort, er wisse sicher, daß er sein Möglichstes tun werde, um den widersprechenden Beschlüssen der beiden fraglichen Institute, der Botschafterkonferenz und der Reparationskommission, eine Ende zu machen

Die Herabsetzung der 26 %igen Reparationsabgabe

Das deutsch-englische Abkommen

Berlin, 26. Februar. Die deutsche Regierung hat mit der englischen Regierung ein Abkommen über die Herabsetzung der 26prozentigen Reparationsabgabe auf 5 Prozent geschlossen.

Das Abkommen ist am 23. Februar unterzeichnet worden und tritt bereits am 26. Februar für alle Waren, die an oder nach diesen Tagen nach England eingehen, in Kraft. Die Erhebung erfolgt genau in der bisherigen Weise in England. Der englische Importeur hat also 5 Prozent, berechnet 5/26 der Einfuhr der Ware, in England an die britische Zollbehörde zu entrichten und zahlt 95 Prozent der Rechnung an seinen deutschen Importeur unter gleichzeitiger Uebersendung des Gutscheins von 5 Prozent. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, diesen Schein später, wenn die deutschen Finanzen geordnet sind, in einer dann noch genauer festzustellenden Form einzulösen. Bis dahin hat sie sich verpflichtet, Vorsorge zu treffen, daß die Abgabe nicht den englischen Exporteur belastet, resp. ihm in Rechnung gestellt wird. Eine entsprechende Verordnung ist in Vorbereitung. Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, alle Gutscheine, die aus der Wareneinfuhr aus England vor dem 26. Februar herrühren, sei es aus all den Kontrakten, sei es aus neuen Abschlüssen, in der bisherigen Weise durch Schatzanweisungen einzulösen. Es ist ferner von der britischen Regierung zugesagt worden, Erleichterungen für kleine Warensendungen eintreten zu lassen und alle Sendungen von geringem Werte ohne Erhebung der Abgabe frei nach England zu lassen.

London, 26. Februar. Der englische Ministerpräsident Macdonald machte im Unterhause am Montag Mitteilung von dem deutschen Uebereinkommen betreffend die Ausfuhrabgaben. Unter anderem erklärte er, daß die Interessen des britischen Geschäftslebens die Arbeiterregierung zu diesem Abkommen mit Deutschland gezwungen haben. Dadurch würde das Vertrauen in den Handel der beiden Staaten erhöht, England plane, Deutschland die Erlangung einer großen Anleihe zu ermöglichen, von der ein beträchtlicher Teil von amerikanischen Banken übernommen werden würde. Die Meinung, daß Großbritannien zustimme, daß die Schuld Frankreichs und Italiens annulliert würde, müsse als lächerlich abgetan werden. Der weitere Fortschritt in der Reparationsfrage hinge von den Publikationen der Berichte der internationalen Sachverständigen ab.

Die Militärkontrolle

Paris, 26. Februar. Der englische Botschafter Lord Crewe hat gestern im Quai d'Orsay eine Note der englischen Regierung in der Frage der interalliierten Militärkontrolle überreicht. Bekanntlich steht die französische Regierung seit einiger Zeit auf dem Standpunkt, daß die Mitglieder der Kommission Nollet nach Herstellung geordneter Zustände in Deutschland ihre Kontrollbesuche künftig unangemeldet vornehmen dürfen. Die Frage sollte von der Botschafterkonferenz seinerzeit erörtert werden. Es gilt nun, die Instruktionen des englischen Botschafters abzuwarten. Ueber den Inhalt der englischen Note verlautet nichts Bestimmtes. Nach dem „Echo de Paris" soll diese den Fortgang der Besprechungen ermöglichen. Sie dürfte von der Botschafterkonferenz auf einer ihrer nächsten Sitzungen, vermutlich noch vor Ende dieser Woche, erörtert werden. Es ist anzunehmen, daß die englische Regierung nicht vorbehaltlos dem französischen Standpunkt beipflichtet. Die Ueberreichung des englischen Schriftstückes kam den hiesigen Kreisen recht überraschend. Marcelle Rey gibt dafür eine besondere Erklärung. Er versichert im „Petit Journal", daß die letzte Rede Stresemanns in Dresden, in der der deutsche Außenminister die Hoffnung des Reiches auf Wiederherstellung seiner Armee und Flotte und auf Rückgabe seiner Kolonien Ausdruck gab, die englische Regierung erst Anlaß gemacht und zu besonderer Eile angespornt habe.

Das gefährdete belgische Kabinett

Brüssel, 26. Februar. Die Abstimmung über den französisch-belgischen Wirtschaftsvertrag am morgigen Mittwoch wird in parlamentarischen Kreisen mit größter Spannung erwartet. Ministerpräsident Theunis unternimmt letzte Versuche, um die Lage zu retten. Er wird bis zur entscheidenden Kammerdebatte noch weitere Besprechungen mit den Parteiführern abhalten. Im Lager der Sozialisten gebärdet man sich bereits sehr siegesbewußt. Man behauptet, daß der Sturz des Kabinetts unabwendbar sei. Der Führer der sozialistischen Partei Vandervelde hat gestern noch einmal eine Rede gehalten, in der er seine Bereitwilligkeit ankündigte, die Nachfolge der jetzigen Regierung zu übernehmen.

Das Studium des deutschen Budgets bis zum Jahre 1930

Paris, 26. Februar. Das erste Sachverständigenkomitee ist gestern unter dem Vorsitze des Generals Dawes zu einer Plenarsitzung zusammengetreten. Es hat den Bericht der einen Unterkommission über die Ausgleichung des deutschen Budgets während des Geschäftsjahres 1924/25 entgegengenommen. Die Unterkommission für Budgetfragen hat nachmittags von 4 bis 6 Uhr getagt und mit dem Studium des deutschen Budgets bis zum Jahre 1930 begonnen. Die Unterkommission war, wie man hört, zu der Ueberzeugung gekommen, sie würde ihre Aufgabe nur unvollkommen lösen, wenn sie es bei der Prüfung des deutschen Staatshaushaltes 1924/25 bewenden ließe. Es kommt hier bei der Prüfung der deutschen Budgetverhältnisse während der darauffolgenden Jahre hauptsächlich darauf an, die Leistungsfähigkeit Deutschlands im Hinblick auf die Reparationszahlungen zu ermessen. — Gestern nachmittag ist auch die Unterkommission für die Währungsfragen zusammengetreten. Sie hat sich mit dem Problem der deutschen Eisenbahnen beschäftigt. Zur Erörterung gelangte hauptsächlich die eventuelle Reorganisation des Betriebes, Vergrößerung der Einnahmequellen, sowie schließlich die Möglichkeit, das deutsche Eisenbahnnetz unter Einbeziehung der Ruhr- und Rheinbahnen als Sicherung für eine internationale Anleihe zu verwenden. Die Sachverständigenberichte dürften Ende nächster Woche oder zu Beginn der übernächsten Woche der Reparationskommission unterbreitet werden.

Bezirksdelegiertentag der kath. Arbeitervereine

Am Sonntag, den 24. Februar, fand in Dresden eine Bezirkskonferenz der katholischen Arbeitervereine im Bistum Meißen statt. Der durch den Arbeitersekretär Hoffmann gegebene Bericht über die Lage der katholischen Arbeiterorganisation in Sachsen ergab ein wenig erfreuliches Bild. Die wirtschaftliche Not, tatsächliche oder vermeintliche Zahlungsunfähigkeit haben im vergangenen Jahre große Verwüstungen in den Mitgliederreihen angerichtet. Leider hat auch an einigen Orten der Partikularismus zur Untreue verleitet. An einem Orte wurde die Fahnenflucht sogar damit begründet: „Wir sind, weil wir müssen, in der christlichen Gewerkschaft und das genügt". Diese tieftraurigen Vorgänge konnten freilich den von dem hohen ideellen Werte ihrer Standesorganisation erfaßten Kern der Mitglieder nicht erschüttern. Dieser Stamm hat ausgehalten und wird weiter treu bleiben. Die Hoffnung ist nicht unberechtigt, daß mit der wirtschaftlichen Besserung ein Zurückkehren der Irregeleiteten zu ihrer eigenen Sache gleichen Schritt halten wird. Eine weitere Möglichkeit einer Konsolidierung dürfte in einer baldigen Neuregelung der Bezirksleitung liegen.

Alsdann hielt in der Konferenz, wie auch in der abends stattgefundenen Versammlung der Dresdner katholischen Arbeitervereine, Herr Redakteur Richter-Berlin längere Referate über den Stand des Verbandes und den Neuaufbau desselben. Er führte ungefähr aus: Die Zeit ist gekommen, in der mit dem treu gebliebenen Stamm eine neue Expansion versucht werden müßte. Ringsum moralisch Bankerotte und ohnmächtige Arbeiterorganisationen. Zusammenbrechen nicht wegen der Inflation allein, denn diese hat allen Organisationen arg zugesetzt — sondern verkrackt, weil die Auswirkung verkehrter Grundsätze sich mit unerbittlicher Logik zeigen. Die völlige Einstellung des Arbeiters in das Nur-Materielle, der blöde Mißbrauch der gewerkschaftlichen Macht, als diese Macht noch vorhanden war, die gleichzeitige „Propaganda" für Völkerfrieden und Bürgerkrieg hat diesen „Arbeiterorganisationen" den Kredit der Menge geraubt. Der Himmel auf Erden kommt nicht, statt dessen wächst Hunger und Elend. Die Macht des starken Armes, der bekanntlich alle Räder still stehen lassen will, wurde zum Lustlieb, weil die Räder ganz von selbst stehen blieben und Arbeitslosigkeit die Massen zur Verzweiflung trieb. Der Friede blieb aus, weil er die Menschen nicht finden konnte, die guten Willens sein sollen. Ist es da ein Wunder, wenn die Betrogenen, von Wut erfaßt, diesen innerlich unwahren Karikaturen von Arbeiterorganisationen den Rücken kehren . . . Wenn die katholische Arbeiterorganisation Verluste erlitten hat, so lag das an den traurigen finanziellen Erscheinungen der letzten Zeit und an der Irreführung katholischer Arbeiter aufs materialistische Gis. Niemals aber darf katholische Arbeiter Grund gehabt, ihrer Organisation wegen deren Verfassung den Rücken zu kehren. Eine Besserung der Lage der Arbeiterschaft, eine allgemeine soziale Hebung des ganzen Volkes und ein sozialer Friede werden niemals durch rohen Kampf massenegoistischer Klassenverbände herbeigeführt werden. Richtige soziale Grundsätze sind hierzu erforderlich. Diese Grundsätze sind in vollster Reinheit und Klarheit in den Lehren der katholischen Kirche enthalten. Sie wurden von Päpsten und Bischöfen der Neuzeit, besonders von Leo XIII. wiederholt wundervoll beleuchtet. Und diese Lehren — nicht mehr und nicht weniger — sind das Programm des Verbandes katholischer Arbeitervereine. Genau befolgt von beiden Klassen, würden sie mit einem Schlage den Großteil der sozialen Not beseitigen. Ein logisch denkender Mensch müßte zu dem Schluß kommen, daß die Befolgung der kirchlichen Lehren mindestens für alle katholischen Arbeiter und Arbeitgeber zwingende Konsequenz sein müßte. Welchen ungeheuren moralischen Einfluß auf die Gesundung Deutschlands würde z. B. ein Zusammengehen aller Katholiken auf dieser Grundlage ausüben. Statt dessen läßt selbst hier die Mehrheit die Minderheit im Stich, läuft den Sirenengesängen der Gegner nach und wundert sich dann noch über die traurige Entwickelung der Dinge, zu der sie doch selbst beigetragen hat. Doch eines Tages wird die Einsicht doch schon kommen, hoffentlich nicht zu spät . . .!

Die Aussprache ergab eine völlige Uebereinstimmung der Zuhörer mit dem Redner. Von mehreren Seiten wurde die treffliche Redigierung des Verbandsorgans „Der Arbeiter" seit seinem Wiedererscheinen hervorgehoben. Als selbstverständlich wurde der nunmehrige Beitragsmodus, 10 Pfg. pro Woche, anerkannt. Begrüßt wurde die Absicht des Verbandes, den kürzlich ausgetretenen Mitgliedern den Wiedereintritt zu erleichtern. Zur eifrigen Propaganda der Organisation wurden eine Anzahl Vorschläge gutgeheißen.

Eine Reihe anderer Fragen wurden erörtert. Mit Darlegung dieser anregenden Diskussion, so interessant sie sein möge, soll dieser Bericht nicht belastet werden. Mit hoher Befriedigung über den Verlauf der Sitzung und in froher Hoffnung auf praktischen Erfolg war jeder Teilnehmer am Schluß erfüllt.

Die heutige Börse

Berlin, 26. Februar. Die Haltung der Mark an den gestrigen internationalen Börsenplätzen war nicht ganz einheitlich, doch hielten sich die Veränderungen in ziemlich engen Grenzen. Aus Neuyork wird ein Kurs von 22—22,25 gemeldet, was einer hiesigen Parität von 4,54—4,49 Billionen Mark für den Dollar entspricht. In London war eine kleinere Steigerung festzustellen, und zwar notierte die Mark 18,75 gegen 19 am Vortage. Auch heute dürfte dies mit der Abschwächung des englischen Pfundes an den internationalen Märkten, namentlich in Neuyork, in Zusammenhang zu bringen sein. Aus Zürich wird die Mark etwas fester, und zwar mit 1,325 nach 1,310 gemeldet. In Amsterdam dagegen war ein Rückgang festzustellen. Die Notiz für die deutsche Devise ergab dort 0,5975 gegen 0,60 am Vortage. Der französische Frank konnte seine feste Haltung auch am gestrigen Tage bewahren. Aus London wird ein Kurs von 97,70 gegen 99,95, aus Neuyork ein solcher von 4,36 gegen 4,35, aus Zürich 25,65 gegen 24,85 und aus Amsterdam eine Notiz von 11,80 gegen 11,55 gemeldet. Das englische Pfund erfuhr, wie bereits erwähnt, in Neuyork eine Abschwächung von 4,3125 auf 4,3037. Die gestrige noch ziemlich unentschiedene Haltung des Berliner Effektenmarktes, wobei jedoch ein freundlicher Grundton nicht zu verkennen war, scheint auch für den heutigen Tag anzudauern. Die Kaufordern des Publikums sind wiederum minimal. Die Spekulation bleibt ebenfalls zurückhaltend, während sich die Käufer aus dem Auslande etwas vermehrt haben. Auch das Rheinland ist wieder stark interessiert.

Berliner Devisenkurse vom 26. Februar (Amtlich), mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank, A.-G., Dresden

Notierungen in Millionen der Währung.

Telegraphische Auszahlung auf	26. 2. Gld	26. 2. Brief	25. 2. Gld	25. 2. Brief
Amsterdam	1670063	1673937	1670063	1673937
Brüssel	159600	160400	161595	162405
Christiania	652615	654385	652615	654385
Kopenhagen	606930	609170	605830	608170
Stockholm	1087950	1092550	1087950	1092550
Helsingfors	105795	106205	105795	106205
Wien	183440	184560	183440	184560
London	18194625	18195375	18194625	18195375
Neuyork	4189500	4210500	4189500	4210500
Paris	183540	184460	183540	184460
Zürich	728275	731825	728275	731825
Madrid	533565	535435	533565	535435
Wien	67842	68158	67842	68158
Prag	122193	122807	122193	122807
Budapest	99750	100250	104737	105263
Sofia	22917	23083	22917	23083
Buenos Aires	1441338	1448662	1446375	1453625
Rio de Janeiro	498750	501250	498750	501250
Kattowitz	483	481		
Japan	1896750	1904250	1896250	1904750
Agram	56857	57143	54862	55138
Lissabon	146317	147083	146317	147083
Riga				
Reval	10989	11211		
Kowno				
Bukarest	23880	24120		

Berliner Börse

Aktienkurse in Billionen

Berliner Anfangskurse

	26. 2.	25. 2.
Kroatien-Reichsanleihe	115	119
Schantung-Bahn	1.7	1.875
Canada-Pacific	—	13
Hamburg. Hafenlagerhäuser	42	44.75
Nordd. Lloyd	9.2	9.75
Verein. elbeschiffahrt	6.25	6.5
Com.- u. Privatbank	8.125	8.25
Darmstädter Bank	14.75	15
Deutsche Bank	15.1	15.5
Disconto-Kommandit	18.7	19.3
Dresdner Bank	9.75	10
Leipziger Kreditanst.	3.25	3.3
Oesterr. Kredit	0.625	0.675
Bochumer Gußstahl	74	75
Deutsch-Luxemburger	62	64
Gelsenkirchen Bergw.	63.25	69.625
Harpener Bergbau	65.75	67
Hoesch-Hütte	47.5	50.5
Laurahütte	23.5	25.375
Mannesmann-Röhr.	52	54.75
Obschl. Eisenbahnbed.	26	26
Siemensindustrie	36.5	38
Phönix	44	46
Rombacher	33	34.5
Chem. Heyden	8.75	8.5
Dynamit Nobel	9.25	11.5
Th. Goldschmidt	19.875	21.375
Köthener Farbwerke	19	20.5
Oberschl. Kokswerke	63	71
Allg. Elektr.-Gesellsch.	13.55	13.875
Bergmann Elektr.	21.5	22.5
Siemens Elektr.	6.25	6.75
Gaskraftwerk	3.3	3.5
Görlitzer Maschinen	9.5	9.75
Stolz-Hoffmann	34.5	36.5
Adlerwerke Kleyer	40	41
Berlin-Karlsr. Masch.	11.75	11.625
Berliner Maschinen	21	22
Daimler-Motoren	5.375	5.875
Hartmann Masch.	0.125	0.625
Orenstein u. Koppel	22	23.5
Zimmermannwerke	2.25	2.40
Bing-Werke	5.625	5.625
Hackethal	4.125	4.25
Hirsch-Kupfer	42.5	45
Hugo Schneider	—	—
Norddeutsche Wolle	62	63
Stöhr Kammgarn	83.5	—
Zellstoff-Waldhof	13.75	15.95
Oestl.	36.5	34.375